

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung.

Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Adr.: Zeitung



Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh 6.00 Uhr frei ins Haus, am Freitag der Beilagen "Mein Garten", "Die Frau und ihre Welt", "Der bessere Mittag", "Reise und Erholung", "Unterhaltungsbeilage". — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Anzeigen werden die sechsgespaltene 8 mm hohe (Bett-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Platzvorrückung und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmehöhe für Plakate und Anzeigen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkontos in Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 10

Donnerstag, den 21. Januar 1932

25. Jahrgang.

## Weltkrise und Sozialpolitik

**Rundfunkvortrag des Reichsarbeitsministers Stegerwald.**  
Reichsarbeitsminister Stegerwald sprach im Rundfunk über die Auswirkungen der Weltkrise auf die Sozialpolitik und führte dabei aus, durch die Krise der letzten Jahre sei nicht nur die deutsche, sondern die Sozialpolitik aller Staaten betroffen worden. Das Gelingen der Arbeitslosigkeit habe kein Land der Erde verschont. Über 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährliche Unterhaltungskosten, das sei das Bild, das der Arbeitsmarkt der Welt nach 17 Jahren eines unbefriedigten Europas biete. Das sei in der menschlichen Geschichte die Folge davon, daß die europäischen Völker ein Jahrzehnt lang in der Vorstellung lebten, sie könnten sich alle an Deutschland anlehnen. Das sei die Folge, daß man jahrelang nicht gesehen habe, daß wenn Deutschland verarmt, die anderen nicht reich werden könnten, sondern selbst in den Verarmungsprozess hineingezogen würden.

Dieser Verarmungsprozess zeige sich auch auf dem Gebiet der Löhne. Die Reichsregierung habe in der letzten Zeit Lohnentzügen zulassen müssen, aber auch das sei keine deutsche Erscheinung, denn kein größeres Industrieland der Welt sei von Lohnentzügen verschont geblieben. Dies gelte nicht zuletzt auch für das klassische Land der hohen Löhne, die Vereinigten Staaten von Amerika. In den Staaten wäre die Steigerung in der industriellen Arbeitsleistung mit der Entwicklung der Löhne im letzten Jahrzehnt verglichen und dabei festgestellt worden, daß dort die Lohnsteigerung weit hinter der rasch gesteigerten Produktionsleistung zurückgeblieben sei. Während die industrielle Arbeitsleistung im letzten Jahrzehnt um rund 43,7 Prozent zugenommen hätte, machte die entsprechende Lohnsteigerung 15,8 Prozent aus.

In England, wo die Verhältnisse ähnlich lägen wie bei uns in Deutschland, sei ebenfalls eine starke Lohnsteigerung der Löhne zu beobachten. Etwa seit Mitte 1929 hätten sich unter dem Druck der Wirtschaftskrise die Löhne langsam gehoben und hätten im Dezember vorigen Jahres im Durchschnitt 1 bis 2 Prozent unter dem Stand des Jahres 1929 gelegen. Auch in Italien seien interessante Beobachtungen festzustellen. Das Zentralkomitee des Konföderationsministeriums habe Ende Oktober seine Verhandlungen über die Lohnpolitik abgeschlossen. Hinsichtlich der Löhne in der Industrie sei festgestellt worden, daß diese — der Lohnbewegung in der ganzen Welt folgend — in Italien so weit gehoben worden seien, daß eine weitere Reduktion weder möglich noch nützlich erweise. Zugabe sei jedoch worden, daß besondere Fälle eintreten könnten, in denen Lohnherabsetzungen vorgenommen werden müßten.

Zum Schluß betonte Minister Stegerwald, ein einseitiger Sturm auf die Löhne und Gehälter sei nicht als Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen und sei daher auch von der Reichsregierung abgelehnt worden. Wir müßten von der Einstellung herunter, daß zwar Kartell- und Zöllnerei etwas Selbstverständliches seien, daß aber der Lohnschutz ungünstig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei.

Die Verflochtenheit der Weltwirtschaft zeige sich nicht zuletzt auch auf sozialpolitischem Gebiet. Die Sozialpolitik würde in Deutschland in Zeiten der Not vielfach für sich allein stehen, was aber falsch sei. Sie müsse vielmehr als Bestandteil der Gesamtpolitik und der Weltwirtschaftspolitik überhaupt gesehen werden. Wir hätten im großen gesehen zwischen den Möglichkeiten zu wählen, und zwar:

1. die Arbeiterklasse würde gleichberechtigt in das privatwirtschaftliche System mit ausreichendem staatlichem Schutz eingegliedert, oder
2. die Wirtschafts- und Gesellschaftsführung würde immer mehr dem Staat überantwortet, oder aber
3. es würde ein korporatives System mit erhöhter Staatsverwaltung und Selbstverantwortung der Arbeitnehmer herausgebildet, bei dem dem Staat eine ähnliche Aufsicht und Kontrolle wie gegenüber der politischen Selbstverwaltung obliege.

Der Einfluß in Staat und Wirtschaft und der Einfluß auf Staat und Wirtschaft könne den Arbeitnehmern nicht mehr vorenthalten werden, und so könnte die Verantwortung gegenüber Staat und Wirtschaft herausgebildet werden.

## Hände weg von der Reichsbahn!

**Ausgabe der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer.**

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, die mehr als 70.000 Mitglieder zählt, schreibt in ihrem Organ zu den Reparationsverhandlungen u. a.:

„Wir wissen zur Stunde noch nicht, ob die Entscheidungen fallen, welche die Badener Sachverständigenkonferenz als notwendig bezeichnet hat. Aber eines wissen wir sehr gut und das ist die Tatsache, daß man sich in Lausanne zum vierten Male mit der künftigen Stellung, voraussichtlich mit dem endgültigen Schicksal der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschäftigt wird. Frankreich und England, die sich letzts dann, wenn sie uneinig waren, auf Kosten des deutschen Volkes wieder zusammenfanden, haben den Ball aufgerissen, der ihnen von Basel aus auszuwerfen wurde.“

## Amerika an Frankreich

Europa hat den Vortritt. — Erst Tribut-, dann Schuldenrevision

— Berlin, 21. Januar

Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten hat seinen Botschafter in Paris, Edge, ermächtigt, dem französischen Ministerpräsidenten Laval mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten augenblicklich eine Stellungnahme zu der Frage einer Verlängerung des am 30. Juni ablaufenden Schuldenmoratoriums ablehnen. Die Initiative müsse von den europäischen Regierungen ausgehen, die unter sich eine Einigung erzielen und dann wieder an Amerika herantreten sollten.

Ergänzend dazu berichtet die Nachrichtenagentur Hawas, wenn man in amtlichen amerikanischen Kreisen weiteren amerikanischen Zugeständnissen auch nicht direkt die Tür verschließen wolle, so sei man doch der Auffassung, daß die europäischen Staaten ganz ohne Rücksicht auf Amerika diejenigen Maßnahmen ergreifen müßten, die zur Wiederherstellung des Vertrauens geeignet seien, bevor ein Antrag auf Verlängerung des Hoover-Jahres auch nur die geringsten Aussichten habe, vom Kongreß angenommen zu werden.

In der Schuldenfrage herrsche die Auffassung, daß die meisten der Schuldnerstaaten Amerikas, und Frankreich an der Spitze, sehr wohl in der Lage seien, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wenn sie ihre Rüstungsausgaben einschränken.

Nach dem „Figaro“ soll die amerikanische Antwort im einzelnen hervorheben: 1. eine Verbindung zwischen den Tributen und den Reparationen könne amerikanischerseits nicht anerkannt werden, 2. der erste Schritt zur Lösung der Reparationsfrage liege den europäischen Regierungen vorbehalten, 3. ein Antrag auf einen neuen Zahlungsausschub habe keine Aussichten im Kongreß, 4. die Bildung einer Einheitsfront der Schuldnerstaaten würde in Washington Mißfallen erregen, 5. eine Revision der abgeschlossenen Schuldenverträge könne nur von Fall zu Fall erfolgen, 6. die Bezahlung der Schulden sei Europa möglich, wenn es das Vertrauen wiederherstelle und die Rüstungen herabsetze.

## Handelskammer für Endregelung

Auch der Vollzugausschuss der Internationalen Handelskammer beläuft sich anlässlich einer Tagung in Paris

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft soll verpfändet und damit das einzige noch greifbare Vermögen des deutschen Volkes verpfändet werden. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist ein solches und für die Zukunft reparationsfähiges Unternehmen! So lautet das Votum desjenigen, der heute noch Macht und Kraft genug zu besitzen glauben, die Geschichte Europas zu diktieren und damit die Reste des Versailler Vertrages auf Zeit und Ewigkeit zu verantern. Das soll das Ergebnis der Arbeit, der Aufopferung und der Pflichtenbefreiung des deutschen Eisenbahnpersonals im letzten Jahrzehnt sein.

Wir wollen die Lage der Reichsbahn-Gesellschaft nicht schlechter machen als sie ist. Wir sind stolz darauf, daran mitgearbeitet zu haben, daß der gute Ruf des größten deutschen Unternehmens erhalten blieb. Wenn das aber gelingen konnte, dann ist das der zweckmäßigen Leitung, dann aber auch der vollen Sympathie des Personals sowohl hinsichtlich der dienstlichen wie auch der vaterländischen Pflichten zu verdanken.

Die gegenwärtige Lage der Reichsbahnbeamten, -angestellten und -arbeiter, ihre dienstliche Inanspruchnahme, ihr Verdienst auf viele kulturellen Güter, die sowohl den französischen als auch den englischen Eisenbahnern bewahrt blieben, sind die Ursachen dafür, daß die Reichsbahn lebensfähig blieb. Die Entbehrungen des vergangenen Jahrzehnts können aber für das Personal niemals bestehen bleiben und sind nur um deswillen ertragen worden, weil die übermäßig hohen Belastungen durch die Reparationen einmal, und zwar jetzt, ein Ende haben mußten.

Angesichts der Abicht, die heutigen Anforderungen an das deutsche Reichsbahnpersonal zu verneinen, erheben wir mit allen Eisenbahnergewerkschaften gemeinsam Klagen den Protest gegen eine weitere Veralterung und richten an die deutsche Reichsregierung die dringende Bitte, festzustellen, den Kampf des um seine Existenz ringenden Eisenbahnpersonals zu unterstützen. Die Reichsbahn gehört dem deutschen Volke, darum Hände weg von einem Unternehmen, für dessen Erhaltung 4 Millionen Deutsche ihr Bestes hingeben haben!

mit der Reparationsfrage und bestätigte dabei einen Beschluß seines Unterausschusses folgenden Inhalts:

„Der Ausschuss für internationalen Zahlungsausgleich der Internationalen Handelskammer wiederholt und betont die bereits vor drei Monaten vom Verwaltungsrat ausgesprochene Ansicht, die durch die bisher eingetretenen Ereignisse nur bestätigt worden ist, daß sich nämlich die Regierungen, um eine internationale Zusammenarbeit wirklich in die Tat umzusetzen, bemühen müssen, folgendes zu erreichen:

- a) eine effektive Politik der Währungsstabilisierung in einer Atmosphäre des Friedens, b) die Sicherung eines strengen Gleichgewichts der verschiedenen Staatshaushalte unter Ausschluß aller nicht notwendigen Ausgaben, um eine Herabsetzung der Steuerlasten auf den denkbar niedrigsten Stand herbeizuführen, c) eine endgültige Regelung der zwischenstaatlichen Schulden, d) eine Wiederherstellung der Währungsstabilität und der normalen Funktion der internationalen Kreditgewährung, e) die Befolgung einer Wirtschaftspolitik, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Erfordernisse eines jeden Landes letzten Endes zu einer freieren internationalen Bewegung der Menschen und zu einem freieren Austausch der Ware, Kapital und Dienstleistungen führt.“

## Lavals Echo.

Die Programmierung des zweiten Kabinetts Laval findet in der französischen Reichspresse weitgehend Zustimmung. „Matin“ unterstreicht dabei, aus der Kammererklärung habe sich klar ergeben, daß Frankreich, wenn es von Deutschland nicht bezahlt werde, auch keine Schulden an Amerika nicht bezahlen werde. Über mehr noch fast als mit Laval befaßigten sich die rechtsstehenden französischen Zeitungen mit der Aufforderung des Führers der Sozialisten, Leon Blum, die Frage, ob Deutschland den Wiederaufbau Nordfrankreichs bezahlt habe, einem Schiedsgericht zu unterbreiten, wobei dieser Aufforderung scharfer Widerstand entgegengeleitet wird. In der Linkspresse dagegen findet man u. a. Feststellungen wie die, Frankreich verfolge eine Politik ohne Horizont und ohne Weltfähigkeit.

## Vorschläge zur Geldreform.

**Einfachen Wagemanns. — Allgemeine Ablehnung.**

Professor Wagemann, der Präsident des Statistischen Reichsamts und Leiter des Instituts für Konjunkturforschung hat in Zusammenarbeit mit einem Kreise von Währungs-, Kredit- und Bankfachverständigen einen Reformplan ausgearbeitet, der sich unter Anpassung an die Verhältnisse der deutschen Wirtschaft zum großen Teil auf die fortschrittlicheren Geld- und Kreditysteme Englands und der Vereinigten Staaten stützt.

Die von Wagemann geforderten Maßnahmen erstrecken sich in der Hauptsache auf folgende Punkte: a) Neuordnung der Reichsbank (Änderung der Deckungsbestimmungen und straffe Verwaltung), b) Umschuldung der kurzfristigen Verschuldung der öffentlichen Hand, c) Reform der Giroverfassung und in Verbindung damit Umbildung des Bankstems, d) Ordnungsmäßige Abwicklung der bereits effektiv eingetragenen Kapitalverluste.

Die Befürworter dieses Projektes erhoffen von seiner Durchführung die Fundierung der kurzfristigen öffentlichen Schulden, die Aufhebung eingefrorener Kredite, eine größere Überleitfähigkeit über den Zahlungsvorgang und Gegenwirkungen gegen die Deflation. In Bankkreisen ist die Beurteilung der von Geheimrat Wagemann gemachten Vorschläge ablehnend, das gleiche gilt für wichtige Exponenten der Industrie. In Kreisen, die der Regierung nahestehen, betrachtet man das Gutachten Wagemanns als eine private Arbeit, die gegenwärtig offiziell nirgends zur Diskussion steht.

## Paul-Boncour Ratssvorsitzer.

— Genf, 21. Januar.

Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß Senator Paul-Boncour als Vertreter der französischen Regierung den Vorschlag auf der am 25. Januar beginnenden Tagung des Völkerverbands übernehme wird.

## Bulgarien erklärt seine Zahlungsunfähigkeit.

Bulgariens Ministerpräsident Michailoff erstattete dem Finanzausschuß des Völkerverbands einen Bericht und erklärte, Bulgarien könne in Zukunft die durch Tributzahlungen und den Zinsendienst auswärtiger Anleihen entstehenden Devisenabgänge nicht mehr tragen.







Der Wintergott ist nun einmal sehr launisch und die  
schon schwer geprüfte Menschheit ist diesen Launen  
gegenüber völlig machtlos, wir müssen sie wohl oder übel  
ertragen. Also es auf den Winter ging, da wünschte man,  
es nicht so streng werden möchte, damit die, die in No-  
th nicht zu sehr zu leiden hätten. Aber daß er so traurig  
und nicht zu sehr zu leiden hätte. Aber daß er so traurig  
wäre, so daß er ganz ausbleiben würde und sollte, hatte  
niemand gedacht und erwartet.

Seht haben wir schon Seebastiani. Und wenn es ein-  
mal die Zeit ist, wenn der Frost und Eismalon Ja-  
nuar die Hälfte um ist, wenn wir erstmals die Zunahme des  
wahr zu spüren, dann soll, so ergäht man uns,  
der Winter auf seinem Höhepunkt angelangt sein. So soll  
man früher in der guten alten Zeit gehen sein.  
wenn es und fragte der Schnee, wenn es auf Seebastiani  
zu kesselt Kälte die Erde, dickstrüßige Eiszahlen  
hingen an den Fenstern und meterlange Eiszapfen hingen  
von den Dächern. Und wer genug hatte von Eis und Kälte,  
frode die „endlich“, mer aber nicht fast betam an Schnee  
zu, der seufzte „leider“, wenn Seebastiani, der Höhe-  
winters anrückte.

nicht des Tagesmal: Ein Blick in den Kalender: Ja wohl, heute, Fabian und Sebastian steht da. Ein Blick auf den Himmel: vier Grad, sechs Grad und noch mehr Thermometer: ein Blick auf die Menschen: sie sonnen sich auf der Mall. Ein Blick auf die Kinderwagen: sie sonnen sich auf den Bänken, schieben Kinderwagen hin und her, streifen die Hände ab und knöpfen den Mantel auf.

Wenn der Winter noch seine Herrschaft aufrichten, wenn  
Nachfolger schon halb im Lande ist? Fast könnte man  
hoffen werden, ob es noch Winter ist, oder ob es schon  
Frühling wird, trotz Sebastiani. Wie ist es denn? Ja, zur  
Frühling, aber es wird noch Winter, Drungen  
ist's Frühling, aber es wird noch Winter, Drungen  
es, Gauen der Jahreszeit. Auch sie rächen sich. Meist  
es, wenn nicht mehr darauf gefacht sind.

Die Besteuerung von Nebeneinkünften. In einem Reichsfinanzministeriums an die Präsidenten der Finanzämter über die Besteuerung von Nebeneinkünften heißt es, n. a.: Der Reichsfinanzhof hat in mehreren Entscheidungen, doch Vergütungen, die an ehrenamtlich nebenamtlich tätige Personen gezahlt werden, Arbeitsdarlehen und daher dem Steuerabzug vom Arbeitslohn zu unterwerfen sind. Im Hinblick auf den dadurch eintretenden Einkommensausfall bei der finanziellen Notlage des Betroffenen und angesichts der Öffentlichkeit in erheblichem Maße bewirkende Frage der Doppelbesteuerung erachtet es das Reichsfinanzministerium für notwendig, die Befreiung der Nebeneinkünfte der Lohnsteuer weiterhin aufrechtzuerhalten. Sie wird mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab aufgehoben. Durch werden die berechtigten Interessen der in Frage kommenden Steuerpflichtigen nicht beeinträchtigt; höhere Steuerleistungen und Sonderleistungen, die den Nebeneinkünften gegenüberstehen, sind auf Antrag des Steuerpflichtigen etwa gegenständlich Finanzamt durch Erhöhung der Einkommensteuer zu berücksichtigen. Bei der Abgeltung der Werbungskosten und Sonderleistungen der Einkommensteuer sind die Nebeneinkünfte zu berücksichtigen. Die Abgeltung monatlich insgesamt nicht mehr als 10 Mark, die als Erlös der durch die Übernahme der Tätigkeit entstehenden Aufwendungen anzusetzen.

**Evangelisch-Frauenhilfe.** Am Sonntag  
unserer Evangelische Frauenhilfe in Malsfeld. Dort-  
trafen sich im Landesheimlichen Saale die Evangel-  
hilfen des Kreises Mellingen. Mehr als 200  
waren erschienen. Den Hauptvortrag hielt Herr  
Heister vom Eogl. Bildungsdienst in Rassel über die  
Bewegung unserer Tage". Er hielt es in seinem  
Maß die vier weltanschaulichen Gruppen scharf heraus-  
zuheben im Kampf miteinander liegen, die völkische Welt-  
anschauung, das Sozialismus, die Freidenker, die Gotts-  
bewegung der Kommunisten und das Christentum.  
Beiden der drei ersten wurde genau gekennzeichnet.  
während die Vortrag hinterließ einen nachhaltigen,  
erfrischenden Eindruck. Vorträge des Hof-  
rat Malsfeld und der Frauenhilfe Köhrensruh ver-  
trug die Feier. Herr Windig Malsfeld und Herr  
Dagobertshausen sprachen die Begrüßungs-  
worte. Eine gemeinsame Kaffeetafel beendete das

**Versammlung der K. P. D.** Für Sonntag,  
den 8. Okt., hatte die Kommunistische Partei zu einer  
öffentlichen Versammlung in der Gastwirtschaft Klein-  
dem. Dem Rufte waren ungefähr 30 Zuhörer ge-  
wesen. Der Redner Jung-Gesell, Eichtenau, der sich das  
Namen K. P. D. A. B. der große Volksbegeisterung ge-  
wonne, ging auf diese Thema weniger ein, sondern  
auf die Zuhörer die nach seiner Meinung herrschenden  
in Russland. In Russland herrschen gläubende  
Leute. Trotzdem es auf ein Nichts aufgebaut sei.  
Russland sei es unmöglich, Menschen auszunutzen, weil  
die Macht habe und diese nicht aus den  
Händen gehe. In Russland alles für den Arbeiter.  
Die höchsten Priester. Stalin bezoghe 620 Mt. Gehalt.  
In Russland könne nur der Besessene studieren, in  
Deutschland dagegen nur der Arbeiter. Der Besessene würde  
nicht zum Studium zugelassen. In 2—3 Jahren  
würde Russland den Weltmarkt beherrschen und schon heute  
ist die kapitalistische Staaten die Macht. Die  
Macht müßten die Russen helfen und es dem  
im Osten schwer machen. den Kampf gegen Rus-  
sland zu bestehen. Russland wolle keinen Krieg,  
aber auch seinen Streifen Boden unwillig her-  
zugeben. Die Kommunisten müßten eine rote Einheitsfront bilden  
den Kampf gegen das Kapital aufnehmen

**Deutscher Abend.** Es wird uns geschrieben: „Gutge Spangenberg der N. S. D. A. P. vom kommenden Sonnabend, den 23. Januar, um 8 Uhr im großen Saal des Gasthause „Grüner“ einen Deutschen Werbestand unter Mitwirkung des S. A. und der 30 Mann starken S. S. Rassel. Zur Aufführung gelangt u. a. ein Diebstahl: „Patentreiz oder Sowiehler.“ Die Kapelle nebst Spielmannszug wird helfen. „Armeebären“ den Abend verschönen belien.“

der in der Wahl der Theaterstücke und des reichhaltigen musikalischen Programms dafür sorgt, für jeden unserer deutschen jugendlichen Volksgenossen in dieser Zeit der deutschen Noth zu einem neuen Erlebnis zu werden. Es kann daher ein Wunsch dieser unterthänigsten Veranstaltung auf Grund der erangenenen Elnadungen sein empfohlen werden. Höhere Musik ist erteilt. Feilsche Woz Wunzer, Frankfurt. Im übrigen verweisen wir auf den Inseraten- theil dieses Blattes.

✕ Wie wird das Februarwetter? Der Monat Februar ver spricht etwas weniger winterlich zu gestalten, wie der vorjährige. Zu Beginn des Monates verhältniß mäßig kalte Luftmassen von Osten nach Westen, erheblicher Temperaturrückgang, bei nächtlichem Ausfließen, besonders kältest, Frost. In der zweiten Woche Anzeichen der Temperatur, bei lebhaft atlantischer Luftströmung, mildes Wetter, Schneefall, östlich in Regen übergehend. Ungefähr Mitte des Monats mild, Zauwetter. Ab 28. Februar kälter, Nebelschläge, teils Regen, teils Schnee, im Gebirge wieder Wintersportmöglichkeiten. Dann scharfe Witterungswchsel, Regen, Schnee, bei meist windigem Wetter. Ende des Monats erneut Einströmen kalter Westlandluft.

✱ **Wetterlage.** Auch weiterhin wird der Hochdruckeinfluss für unser Wetter bestimmend bleiben, wobei jedoch das zeitweilige Aufkommen von Bewölkung nicht ausgeschlossen ist.

**Schreie.** Heute vormittag ereignete sich hier ein furchtbarer Unfallstoß, dem ein kühnheits Leben zum Opfer fiel. Der 24 Jahre alte Arbeiter Heinrich Dippel und beim Riefahren zu einem geplanten Hausneubau in dem von dem Rühnefluße angeführten Riese eine alte Katrone, die er aus Spaß mit einem Axtschlage zur Entladung bringen wollte. Dabei explodierte das Geschloß mit einer furchtaren Gewalt und zersplitterte die Rückwand, in welchem das Zinzhühnlein liegt, gegen die Brust des jungen Mannes, wo es die Hauptkugellader zerriß, so daß die innere Verblutung eintrat, an deren Folgen er verstarb, ehe der schnell herbeigerufene Arzt Hilfe bringen konnte. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit einem fast Jahre alten Kinde. Bei dem Truppenrückzuge 1918 und viel solcher Geschosse in die Rüste geworfen worden, so daß sich im Riese anwesenden. Man muß sich nur wundern, daß ein solches Geschloß noch so lange im Wasser eine Wirkung behält.

\* Beim Einholen der Fahne verunglückt. Der Oberste Wilhelm Stod vom Reichwehrbataillon Dppei reize beim Einholen der Fahne aus einer Höhe von etwa Metern ab und erlitt einen Wirbelsäulenbruch. Der unglückliche wurde in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er seine Verletzungen erlegen ist.

\* Von einem Fahrraddieb niedergeschossen. Ein Mann mittleren Jahren wurde in Schmerlin von der Kriminalpolizei wegen eines Fahrraddiebstahls verfolgt. In der Verfolgung gelang es einem Schutzmann, den Flüchtigen zu stellen, doch zog dieser einen Revolver, rief sich von seinem Verfolger los und lief davon. Durch mehrere Straßen bis zu einem Kreuzgang am Dom ging die Jagd. Plötzlich hörte man den Kreuzgang her zwei Schüsse. Der Flüchtige hatte den Arbeiter Franz Swientkowiak aus Hamburg, der ihm entgegengefragt hatte, niedergestreckt und unmittelbar Selbstmord begangen. Der Zustand des Swientkowiak ist hoffnungslos.

\* Das Opfer eines Verbrechens. In der Nacht zum 9. November v. J. wurde der Krafwagen des in Burscheid wohnenden Kaufmanns Frh. Cramm kurz vor Benrath in Brand aufgefunden. Von Cramm fehlte jede Spur. Die Annahme, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, ist jetzt bestätigt. Seine Leiche wurde vom Rhein bei Siefdorf angetrieben. Die Leichenöffnung hat ergeben, daß Cramm erdrosselt worden ist und daß die Kopfgegend dem Opfer noch zu Lebzeiten beigebracht worden.

\* Durch Fallschirmabstimmung gerettet. Das Flugzeug 22\* der Alademischen Fliegergruppe Darmstadt, das zur manövre an dem kommenden Europarundflug vorgegeben wurde, stürzte bei einem Übungsflug ab und wurde vollständig zerstört. Der Pilot Voigt rettete sich durch Abhängen mit dem Fallschirm und landete unverletzt. Die Maschine war in etwa 1200 Metern Höhe in einer Rechtskurve ins Rutschen gekommen und abgestürzt.

\* Seine Familie und sich selbst niedergelassen. Nachts in M e m m i n g e n (Schwaben) ein Hilfsarbeiter aus der noch unbekannten Gründen seine 16 Jahre alte Tochter nieder, die nach einigen Minuten starb. Dann wandte der Rabiate gegen seine Frau und seinen 14-jährigen Sohn, die er schwer verletzte. Schließlich brachte sich der selbst einen Schnitt am Hals bei. Mann, Frau und Sohn mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

\* 50 Dynamitpatronen gestohlen. In der Nacht wurde beim Ding (Schwaben) das Sprengstoffmagazin der Binder Hartsteinfabrik aufgebrochen. Die Täter stiegen einen Zaun und sprengten die Schlösser auf. Gestohlen wurden etwa 50 Dynamitpatronen, Zündschnüre und andere Sprengmaterial.

**Fünf Jahre Gefängnis für Vatermörder.** Das Urteil richtete Saarbückers hatte sich mit einer Familiengasse zu befassen, die sich im Mai vergangenen Jahres abspielte. Der Angeklagte, ein 23jähriger Elektriker Gerhard, hatte nach einem Wortwechsel den Vater auf seinen Vater gerichtet und diesen durch zwei Schüsse getötet. Während der Staatsanwalt auf Totschlag erste, bejahten die Geschworenen die Frage der Körperverletzung mit Todeserfolg. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Gefängnis.

• **Segeflieger** Grenchhof in Davos. Mit seinem Segeflieger „Galmir“ trat der Segeflieger Gmüther Grenchhof aus Zürich kommend auf dem Gipfel der See ein. Er hatte sich im Flugzeug 1000 Meter über der See im Sturzflug 3700 Metern. Nach Abstieg von dem Schleppflieger über Davos gelang es ihm, sich nach einer Zeitlang frei segelnd in der Luft zu halten. Er hätte, wie er erklärte, noch genügend Aufwind gehabt, um längere Zeit zu segeln, doch ließ ihm die Kälte zu hinderlich geworden.

Das **Agapap-torotor-Schiff „Milwaukee“** in Philadelphia be-  
grüßt. Das Doppelstrauben-Motorschiff „Milwaukee“ der  
Hamburg-Amerika-Linie hat kürzlich von Philadelphia aus-  
getreten. In der Vergnügungs- und Erholungsfahrt nach Westindien an-  
getreten. In Philadelphia kam Oberbürgermeister Maden-  
mit etwa 200 Bürgern der Stadt an Bord der „Milwaukee“,  
um das Schiff und seine Besatzung auf das herzlichste zu  
begrüßen. In der Ansprache gelangte die Freude Phila-  
delphias über den Anbruch des ersten großen Agapap-Pas-  
sagier-Schiffes nach dem Kriege mit ungewöhnlicher Heftigkeit  
zum Ausdruck. Mit dem Wunsch, daß die „Milwaukee“  
regelmäßig von Philadelphia aus fahren möchte, verband  
Oberbürgermeister Maden das Versprechen, alles aufzubie-  
ten, um für das Schiff Passagiere und Fracht zu sichern.

\* **Russische Luftschiffbau-Aktionen.** Das Präsidium der russischen Gesellschaft Osowiachim teilt mit, daß bisher für den russischen Luftschiffbau 18 Millionen Rubel gesammelt wurden. Das neu zu bauende Luftschiff-Gesetzwerd soll aus folgenden Luftschiffen bestehen: „Zenin“, „Stalin“, „Moroschilow“, „Pradowa“, „Mier Bolschewik“ und „Koschotin“. Die Osowiachim beschloß, am Todestage Lenins, am 21. Januar, neue Sammlungen für den russischen Luftschiffbau zu veranstalten.

Die Arbeiter fordern Generalstreik.

— Rattowitz, 21. Januar.

Der Lohnkampf in Ostoberschlesien geht weiter. Die Lage hat sich wesentlich verschärft. In mehreren größeren Industriebetrieben fanden große Protestversammlungen der Arbeiterkreise statt, in denen durchweg die Ausrufung des Generalstreiks gefordert wurde. Den Betriebsräten gelang es nur mit Mühe, die Arbeiterkreise zu veranlassen, das Ergebnis des großen Betriebsrätekonferenzzes in Ratibitz abzuwarten. Auch die sozialistischen Gewerkschaften haben verschiedentlich Versammlungen abgehalten, in denen beschlossen wurde, gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaften eine Abwehraktion zu führen und den Streik inzwischen vorzubereiten. Man erwartet, daß der Termin des Generalstreiks bei der gemeinsamen Betriebsräte-Kundgebung am Sonntag festgesetzt wird.

Inzwischen haben in einzelnen Werken die Arbeiter die Befehlsnachrichten, in denen die Entlassung der Arbeiterkraft angeordnet wird, heruntergerissen und dafür Zettel angebracht, in denen die Arbeiterkraft den Direktoren und außerordentlichen Beamten das Dienstverhältnis zum 2. Februar „kündigt“ und ihnen droht, sie vor das Stadtgericht zu stellen. Weiterhin wird auf diesem Zettel gemacht, die Arbeiterkraft zu reizen. Die Zettel wurden auf Veranstaltung der Polizei entfernt.



Die Eisenbahnkatastrophe bei St. Just.

Auf der Strecke Paris—Abbeville entgleiste in der Nähe des Bahnhofs St. Just ein Personenzug. 11 Personen fanden den Tod, 12 wurden verletzt.

Wie lauge die deutsche Wirtschaft im bisherigen Umlauf weiterhin landwirtschaftliche Erzeugnisse einführen kann, ist bei der überaus schlechten Finanzlage Deutschlands nicht zu übersehen. Im allgemeinen Interesse der deutschen Wirtschaft besonders auch der

Angewandte, in welche der ökonomische Stoff sich zerlegt, und der Natur der Güter entsprechend, die Güter in Stoffe und in Geld zu verwandeln. Das soll aber nicht möglich sein, weil die Güter in der Natur nicht demselben Umfange des Verkehrs fähig sind. Im allgemeinen Prinzip der Interferenz des Landwerts liegt es, also große Qualitätsunterschiede zu erzeugen. Bei der steigenden Zins- und Steuerbelastung ist dies nur möglich bei Anwendung der rentablen und billigen Produktionsmittel wie z. B. des Stickstoffs. Als besonders merkwürdig hat sich hierbei der kalte Raktikstoff erwiesen. Da er neben einer bekannt Dingenden auch eine große Anzahl Auswässerungs-spenden speisend die Nebenwirkungen ausweist. Da Raktikstoff im allgemeinen der Ausnutzung nicht unterliegt, kann er bereits rühmlich, d. h. in arbeitsfähiger Zeit ausgeschüttet werden. Dieses rühmliche Ausbringen hat außerdem den Vorteil, daß der Stickstoff und der Stick in Raktikstoff den künftigen Pflanzen den Reiz des Wachstums rechtzeitig zur Verfügung stellt und so eine gute harmonische Entwicklung gewährleistet. Diese gute harmonische Entwicklung bedeutet aber eine Verfrüherung gegen die Schäden der längeren Frodeperioden sowie eine wesentliche Verjüngung der Agerfläche. In der gleichen Richtung wirken auch die unheimliche Raktikstoffe. In der Natur kommen immer wieder zu solchen Raktikstoffen, die die Agerfläche zu einem großen Teil in Raktikstoffe verwandeln. Die größte Fehler der deutschen Landwirtschaft, wenn sie das heimische Produktionsmittel, den Stickstoff, nicht genügend Gebrauch machen würde. Die Folgen würde mit Sicherheit jeder einzelne Landwirt am eigenen Leibe zu spüren bekommen, da die Folge der verminderten Stickstoffanwendung eintretenden Entschädigung beträchtliche Einnahmeausfälle mit sich bringen müssen.

Es gibt für eine Flasche Nr. 0  $\frac{1}{2}$  Gutschein  
 Nr. 1  $2\frac{1}{2}$  "  
 Nr. 2  $3\frac{1}{2}$  "  
 Nr. 3  $6\frac{1}{2}$  "

Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI<sup>®</sup> Suppen und MAGGI<sup>®</sup> Fleischbrühwürfel, gibt es Gutscheine.

**MAGGI-**  
*Gutscheine!*



